

Brenke, Karl

Article

Standortbedingungen in Ostdeutschland verbessert

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Brenke, Karl (2002) : Standortbedingungen in Ostdeutschland verbessert, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 69, Iss. 3, pp. 54-60

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151113>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Standortbedingungen in Ostdeutschland verbessert

Der Verbesserung der Standortbedingungen in Ostdeutschland ist weiter vorangekommen. Das bestätigen die Ergebnisse einer im Sommer 2000 vom DIW durchgeführten Umfrage in der ostdeutschen Industrie. Als ein Standortvorteil werden inzwischen die Lohnkosten angesehen, da die Lohnsteigerungen in den vergangenen Jahren deutlich hinter den Produktivitätszuwächsen zurückblieben. Dazu hat auch die Abkehr von den Flächentarifverträgen beigetragen. Schlechter geworden ist dagegen nach Auskunft der Unternehmen das Angebot an Fachkräften. Das Problem, Fachkräfte zu finden, besteht indes vor allem bei Unternehmen, die nur bereit oder in der Lage sind, weniger als die Tariflöhne zu zahlen. Nach wie vor gelten die Preise für Energie sowie die Höhe der kommunalen Abgaben und Gebühren als Standortnachteile. Auf's Ganze gesehen wird allerdings von den Unternehmen die Standortqualität der neuen Bundesländer als günstig bewertet, und das Urteil fiel besser aus als in vorhergehenden Erhebungen.

Zu Beginn der wirtschaftlichen Umstrukturierung waren Unternehmen in Ostdeutschland mit erheblichen Standortnachteilen konfrontiert. Es mussten hohe Subventionen gewährt werden, um Neuan siedlungen und Existenzgründungen anzuschieben. Im Zuge der Investitionen in den Ausbau und die Erneuerung der Infrastruktur haben sich die Defizite inzwischen stark abgeschwächt. Völlig beseitigt sind sie aber noch nicht.¹

Um Hinweise zur Standortqualität in den neuen Bundesländern zu erhalten, hat das DIW bei seinen regelmäßigen Erhebungen im Rahmen der Berichterstattung über die „Gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland“ die Unternehmen auch danach befragt, welche Standortfaktoren für sie wichtig sind und wie sie die Bedingungen an ihrem Standort beurteilen.²

Lohnkosten

Das Lohnniveau zählt noch immer zu den wichtigsten Standortfaktoren. Das gilt vor allem für die Betriebe die den größten Teil ihrer Produktion auf den Märkten außerhalb Ostdeutschlands absetzen. Sie sind in besonderem Maße der überregionalen Konkurrenz ausgesetzt, und für den Erfolg im Wettbewerb stellt das Lohnniveau am jeweiligen Standort eine wichtige Größe dar.

In den ersten, Anfang der 90er Jahre durchgeführten DIW-Erhebungen wurde der rasante Anstieg der Löhne und Gehälter noch von drei Vierteln der Unternehmen als das gravierende Problem angesehen.³ In der Folgezeit ließ die Kritik immer mehr nach. Den Ergebnissen vom Frühjahr 1995 zufolge hatten sich andere Probleme wie Kapitalmangel oder die schlechte Zahlungsmoral der Kunden in den Vordergrund geschoben.⁴ Auf die Frage, ob das Lohnniveau in der Industrie der neuen Bundesländer als Standortvorteil oder als Standortnachteil einzuschätzen sei, gingen bei jener Umfrage die Meinungen auseinander. Die meisten Unternehmen stufte damals die Höhe der Löhne als „zufriedenstellend“ ein.⁵ Bei der Umfrage des Jahres 2000 überwiegt nun die Zahl der Unternehmen, die das Lohnniveau als Standortvorteil ansehen, deutlich. Dazu hat offenkundig die sinkende Bedeutung von Flächentarifverträgen geführt. So sehen Unternehmen, die nicht an einen Flächentarifvertrag oder eine andere, mit den Gewerkschaften geschlossene Vereinbarung zur Entlohnung ihrer Beschäftigten gebunden sind, das Lohnniveau signifikant häufiger als einen Standortvorteil an als Unternehmen, die der kollektiven Lohnfindung unterliegen.

Besonders häufig wird das ostdeutsche Lohnniveau unter den Betrieben im Besitz eines westdeutschen oder eines ausländischen Unternehmens als ein Vorteil empfunden – also von Betrieben eines Unternehmensverbundes, zu dem auch außerhalb Ostdeutschlands gelegene Betriebsstätten gehören. Offenbar werden dort meist höhere Löhne gezahlt als in den ostdeutschen Zweigbetrieben. Und besonders sind es Unternehmen mit überregionalem Absatz, die die Höhe der Löhne als günstige Rahmenbedingung einstufen.

Lohnkosten nunmehr überwiegend als Standortvorteil eingestuft

¹ Vgl. u. a.: Zum infrastrukturellen Nachholbedarf in Ostdeutschland. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/2001.

² Zur Auswahl und Repräsentativität vgl.: Ostdeutsche Industrie gewinnt an Boden. Ergebnisse einer Umfrage. In diesem Wochenbericht.

³ Vgl. u. a.: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Sechster Bericht. Bearb.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/1992, S. 473 f.

⁴ Vgl.: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Dreizehnter Bericht. Bearb.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 27-28/1995, S. 479 ff.

⁵ Vgl.: Wie die ostdeutsche Industrie ihre Standortbedingungen sieht. Ergebnisse einer Umfrage. Bearb.: Karl Brenke. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15/1996, S. 241 f.

Tabelle 1

Standortbewertung ostdeutscher Industrieunternehmen nach Eigenstumsstatus im Jahr 2000

Standortfaktor	Bedeutung des jeweiligen Standortfaktors				Bewertung des jeweiligen Standortfaktors			
	Alle Unternehmen	davon:			Alle Unternehmen	davon:		
		eigenständige Unternehmen	Unternehmen im Besitz westdeutscher Unternehmen	Unternehmen im Besitz ausländischer Unternehmen		eigenständige Unternehmen	Unternehmen im Besitz westdeutscher Unternehmen	Unternehmen im Besitz ausländischer Unternehmen
	...% der Unternehmen sehen den jeweiligen Standortfaktor als sehr wichtig an				Index ¹ : 10 = gut, 0 = zufriedenstellend, -10 = schlecht			
Kundennähe	56	57	54	42	4,6	4,5	5,1	5,9
Lohnkosten	56	55	61	59	3,6	2,1	4,4	3,8
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	55	53	59	66	-0,6	-1,4	1,0	3,8
Fördermittel	44	45	41	42	3,1	3,1	2,7	4,5
Autobahnanschluss	43	41	48	54	2,3	2,3	2,4	3,8
Energiekosten	38	37	40	44	-4,0	-4,1	-4,2	-3,7
Dienstleistungen der örtlichen Banken	29	33	17	23	1,3	1,3	1,4	2,1
Lieferantennähe	29	29	28	33	3,8	3,8	3,5	5,0
Unterstützung durch die Landesregierung	23	23	20	26	0,8	-1,9	2,4	1,3
Unterstützung durch IHK	20	21	15	14	1,6	1,4	2,0	4,7
Unterstützung durch Wirtschaftsförderungsges.	21	22	17	21	1,9	1,6	3,1	4,6
Kommunale Abgaben	20	20	18	21	-4,5	-4,6	-3,6	-4,8
Qualität der kommunalen Verwaltung	20	20	22	15	-0,4	-1,0	1,1	2,2
Image der Stadt oder Region	22	23	17	26	2,9	-2,7	3,1	4,6
Angebot an Gewerbeflächen	18	18	18	19	5,3	5,0	6,5	6,8
Gewerbemieten	15	16	9	11	0,1	0,1	-0,2	0,0
Grundstückspreise	14	14	13	12	2,5	2,3	3,2	4,0
Nähe zu Hoch- und Fachhochschulen	17	17	15	17	6,2	6,1	6,4	8,2
Nähe zu Forschungseinrichtungen	11	12	9	12	5,2	5,2	5,8	5,0
Wohnungen und Wohnumfeld	9	10	7	5	2,9	2,8	3,0	-
Öffentlicher Nahverkehr	9	9	8	5	1,3	1,5	0,8	-
Luftverkehrsverbindungen	9	7	10	21	0,4	0,8	0,0	0,4
Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgung	9	9	9	12	3,0	2,8	3,0	7,7
Überregionale Bahnverbindungen	7	6	9	14	-0,5	-0,2	-1,5	-0,5
Kulturelles Angebot	7	7	7	8	1,9	2,0	1,7	-
Naherholungsmöglichkeit	7	7	6	9	4,4	4,3	4,8	-

¹ Arithmetisches Mittel der Bewertungen.

Quelle: Unternehmensbefragung des DIW Berlin von Anfang 2000.

DIW Berlin 2002

Nähe zu Kunden und Lieferanten

Nach wie vor ist auch die Nähe zu den Kunden für die meisten Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor. Allerdings war bei der Umfrage des Jahres 2000 der Anteil der Unternehmen, die der Kundennähe eine große Bedeutung einräumten, geringer als früher. Hierin spiegelt sich, dass die ostdeutsche Industrie in den letzten Jahren zunehmend auf den überregionalen Märkten Tritt gefasst hat.

Für eine deutlich geringere Zahl der Unternehmen spielt die Nähe zu den Zulieferern eine Rolle. Vor allem Unternehmen, die transportkostenintensive oder rasch verderbliche Güter beziehen, legen Wert auf die Nähe zu den Lieferanten; zu diesen Unternehmen gehören die Hersteller von Nahrungsmitteln und von Baustoffen sowie Holzverarbeitende Be-

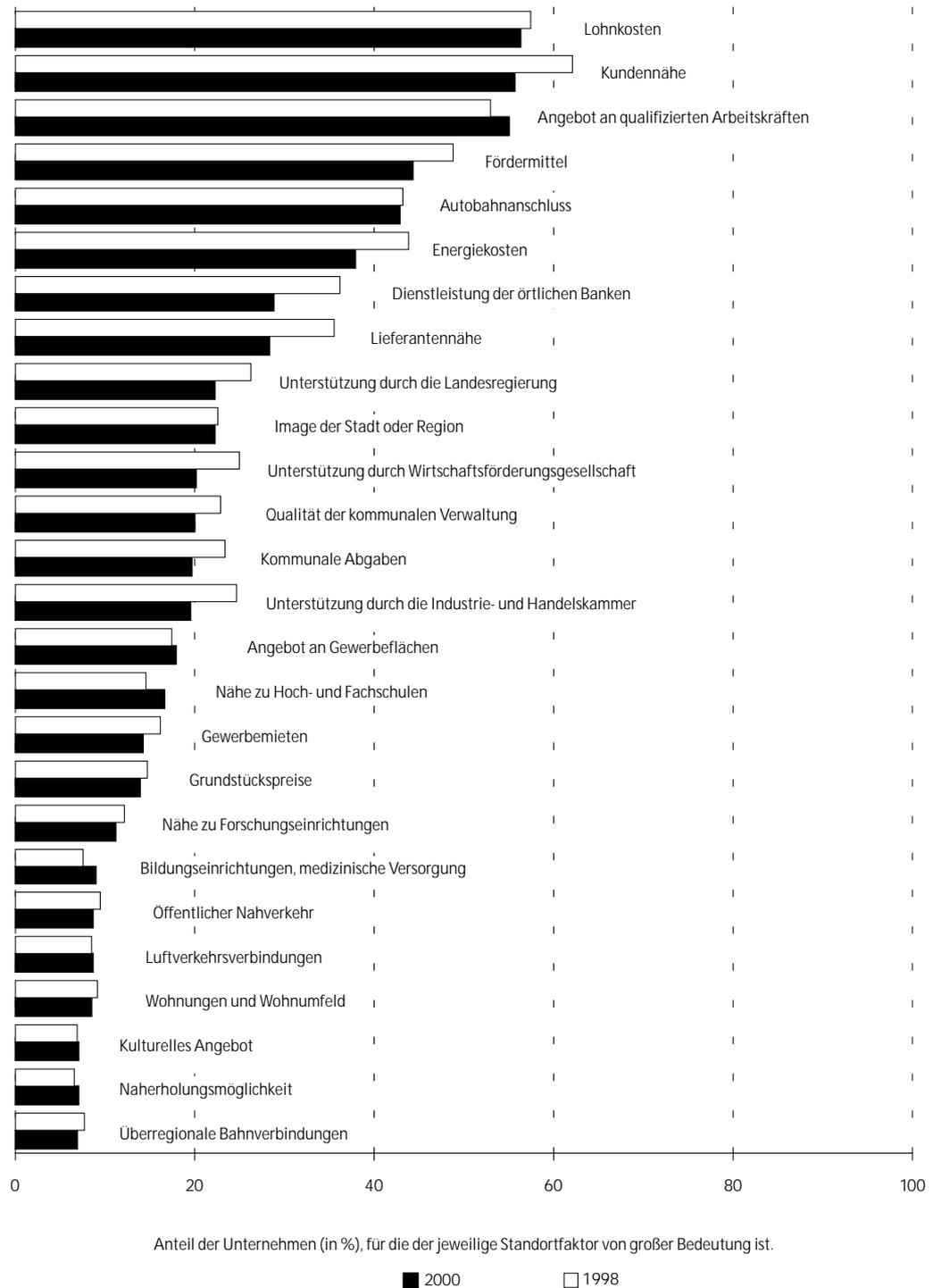
triebe. Solche Unternehmen verfügen offenbar meist über ein hinreichendes Vorleistungsangebot vor Ort, denn der Standortfaktor Lieferantennähe wird von ihnen mehrheitlich als „gut“ eingestuft.

Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften

Einen recht großen Stellenwert hat das Angebot an Fachkräften auf dem regionalen Arbeitsmarkt – reichlich die Hälfte der Unternehmen sieht es als eine wichtige Standortbedingung an. Seit Mitte der 90er Jahre hat dieser Faktor an Bedeutung gewonnen. Wurde noch in früheren Umfragen das Arbeitskräfteangebot in Ostdeutschland von den Unternehmen im Schnitt positiv eingestuft, übertragen bei der Umfrage vom Sommer 2000 erstmals leicht die

Abbildung 1

Bedeutung ausgewählter Standortfaktoren für die ostdeutschen Industrieunternehmen 1998 und 2000



Quelle: Unternehmensbefragungen des DIW Berlin vom Frühjahr 1998 und Sommer 2000.

DIW Berlin 2002

Tabelle 2

Standortbewertung ostdeutscher Industrieunternehmen nach Absatzgebiet im Jahr 2000

Standortfaktor	Bedeutung des jeweiligen Standortfaktors				Bewertung des jeweiligen Standortfaktors			
	Alle Unternehmen	davon: Unternehmen, von deren Umsatz ... entfällt		Übrige Unternehmen	Alle Unternehmen	davon: Unternehmen, von deren Umsatz ... entfällt		Übrige Unternehmen
		75 % und mehr auf Ostdeutschland	66 % und mehr auf Gebiete außerhalb Ostdeutschlands			75 % und mehr auf Ostdeutschland	66 % und mehr auf Gebiete außerhalb Ostdeutschlands	
	...% der Unternehmen sehen den jeweiligen Standortfaktor als sehr wichtig an				Index ¹ : 10 = gut, 0 = zufriedenstellend, -10 = schlecht			
Kundennähe	56	83	30	56	4,6	6,0	1,3	4,6
Lohnkosten	56	47	65	56	3,6	2,1	4,4	3,8
Angebot an qualifizierten Arbeitskräften	55	43	67	54	-0,6	-0,8	-0,6	-0,4
Fördermittel	44	34	52	47	3,1	0,4	4,6	3,2
Autobahnanschluss	43	37	49	43	2,3	2,7	2,0	2,4
Energiekosten	38	36	42	37	-4,0	-4,1	-4,2	-3,7
Dienstleistungen der örtlichen Banken	29	27	32	28	1,3	1,2	1,7	1,0
Lieferantennähe	29	33	24	30	3,8	4,2	3,0	4,0
Unterstützung durch die Landesregierung	23	18	25	25	0,8	-1,9	2,3	1,3
Unterstützung durch IHK	20	19	19	21	1,6	0,0	2,9	1,9
Unterstützung durch Wirtschaftsförderungsges.	21	17	23	22	1,9	-1,9	3,8	2,8
Kommunale Abgaben	20	20	20	20	-4,5	-4,5	-4,1	-4,9
Qualität der kommunalen Verwaltung	20	20	21	20	-0,4	-2,5	1,3	0,0
Image der Stadt oder Region	22	24	20	22	2,9	1,8	3,0	3,9
Angebot an Gewerbeflächen	18	15	22	17	5,3	4,8	5,6	5,5
Gewerbemieten	15	16	13	14	0,1	-1,6	2,1	0,2
Grundstückspreise	14	11	16	15	2,5	0,1	4,1	2,6
Nähe zu Hoch- und Fachhochschulen	17	10	23	17	6,2	5,9	6,6	5,7
Nähe zu Forschungseinrichtungen	11	6	17	11	5,2	4,9	5,8	4,3
Wohnungen und Wohnumfeld	9	10	9	8	2,9	3,4	2,2	3,1
Öffentlicher Nahverkehr	9	8	9	9	1,3	2,7	0,6	0,7
Luftverkehrsverbindungen	9	4	14	7	0,4	0,6	-0,4	1,8
Bildungseinrichtungen, medizinische Versorgung	9	7	9	11	3,0	2,6	3,6	2,8
Überregionale Bahnverbindungen	7	4	10	6	-0,5	-0,2	-1,5	-0,6
Kulturelles Angebot	7	7	7	8	1,9	1,9	2,5	1,4
Näherholungsmöglichkeit	7	8	7	6	4,4	5,5	3,5	4,1

¹ Arithmetisches Mittel der Bewertungen.

Quelle: Unternehmensbefragung des DIW Berlin von Anfang 2000.

DIW Berlin 2002

negativen Urteile. Das ist im wesentlichen bei den eigenständigen Unternehmen der Fall; von den Betrieben im Besitz westdeutscher Unternehmen und vor allem von den Betrieben ausländischer Gesellschaften wird dagegen das Fachkräfteangebot in den neuen Bundesländern im Schnitt als vorteilhaft eingestuft.

Um die benötigten Fachkräfte einstellen zu können, müssen die Unternehmen bereit sein, die geforderten Löhne zu zahlen. Wohl deshalb haben Unternehmen, die den Flächentarifverträgen unterliegen, sowie jene, die „über Tarif“ entlohnen, geringere Probleme, Fachkräfte zu finden.⁶

Fachkräfteangebot knapper geworden

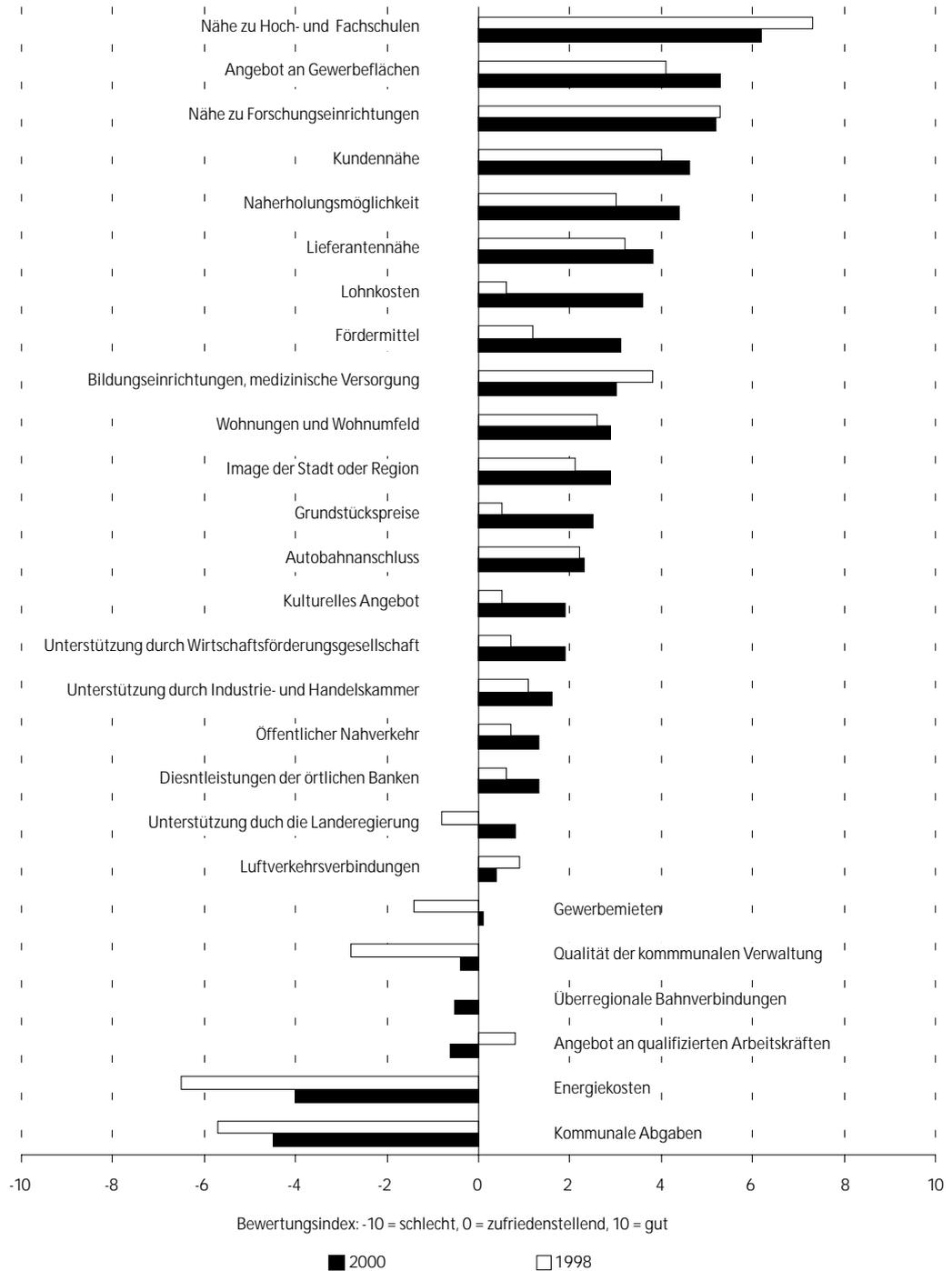
Subventionen

Der wirtschaftliche Neuaufbau in den neuen Bundesländern wurde durch eine massive Subventionierung der Unternehmen unterstützt. Angesichts der deutlichen Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition, könnte angenommen werden, dass die Fördermittel für die Unternehmen stark an Bedeutung verlieren. Das ist aber nicht der Fall. Im Frühjahr 1998 sah die Hälfte der Unternehmen die Wirtschaftsför-

⁶ Von denjenigen Unternehmen, die sich an einem, mit den Gewerkschaften geschlossenen Tarifvertrag halten, sehen 40 % das Fachkräfteangebot als Standortvorteil an, und ein Viertel stuft es als unzureichend ein. Unter den Unternehmen, die nicht der kollektiven Lohnfindung unterliegen, zeigt sich die gegensätzliche Verteilung.

Abbildung 2

Bewertung der Standortbedingungen durch die ostdeutschen Industrieunternehmen 1998 und 2000



Quelle: Unternehmensbefragungen des DIW Berlin vom Frühjahr 1998 und Sommer 2000.

DIW Berlin 2002

derung als einen sehr wichtigen Standortfaktor an. Im Sommer 2000 waren es immer noch 44 %. Vor allem den überregional tätigen Unternehmen ist die Förderung wichtig und willkommen. Unter den auf den lokalen Markt orientierten und meist kleinen Unternehmen fällt das Urteil über die Förderung nicht so positiv aus. Das wird auch daran liegen, dass viele dieser Unternehmen die Voraussetzungen für die Förderung nicht erfüllen.

Bemerkenswert ist, dass nach den Umfragedaten kein Zusammenhang zwischen der Selbsteinschätzung der Unternehmen im Hinblick auf ihre Position im Wettbewerb und der Bedeutung von Subventionen als Standortfaktor besteht. Unternehmen, die ihre Wettbewerbsposition für besser halten als die Konkurrenz, sehen Fördermittel ebenso oft als wichtig an, wie jene Unternehmen, die angaben, im Wettbewerb hinterher zu hinken. Dieser Befund legt die Vermutung nahe, dass in Ostdeutschland nicht wenige Unternehmen gefördert werden, die gar keiner Unterstützung mehr bedürfen.

Auch wettbewerbsstarke Unternehmen an Subventionen orientiert

Verkehrsanbindung

Ebenfalls weit oben auf der Rangskala der für die ostdeutschen Industrieunternehmen wichtigen Standortfaktoren rangiert die Verkehrsinfrastruktur. Hier geht es vor allem um den Zugang zu Autobahnen. Andere in der Umfrage thematisierte Verkehrsanbindungen wie der öffentliche Nahverkehr, der überregionale Schienenverkehr oder der Luftverkehr sind nur für eine kleine Minderheit der Unternehmen wichtige Standortbedingungen. Vor allem die Betriebe im Besitz ausländischer Unternehmen leben auf gute überregionale Verkehrsanbindungen Wert – wohl deshalb, weil sie besonders stark auf überregionalen Märkten agieren und weil bei ihnen recht häufig Fernreisen zu anderen Teilen ihres Unternehmensverbundes anfallen.

Die Autobahnanbindung und der öffentliche Nahverkehr werden von der Mehrzahl der Unternehmen als günstig beurteilt. Allerdings kritisieren viele Unternehmen, insbesondere in ländlichen Betrieben, dass die Bundes- und Landesstraßen überlastet sind. Beim Flugverkehrsanschluss halten sich positive und negative Einschätzungen die Waage und hinsichtlich der überregionalen Bahnverbindungen überwiegen die negativen Bewertungen.

vor allem Autobahnanschluss wichtig

Energiekosten, kommunale Gebühren

Für reichlich ein Drittel der ostdeutschen Industrieunternehmen stellten im Jahr 2000 die Energiekosten eine wichtige Standortbedingung dar. Weiterhin wurden Energiekosten überwiegend als ein Stand-

Energiekosten werden weiterhin als Standortnachteil empfunden

ortnachteil empfunden. Tatsächlich dürften sie in den neuen Bundesländern immer noch über denen in den alten Bundesländern liegen. Belegen lässt sich das für die Stromkosten: Mitte 1999 lag der Durchschnittsstrompreis für Sondervertragskunden in den neuen Bundesländern um 11 % über dem in den alten Bundesländern.⁷

Die kommunalen Abgaben und Gebühren, die ein Fünftel der Unternehmen als wichtig einstuft, werden – wie in der Vergangenheit – ebenfalls überwiegend als zu hoch angesehen. Zu den kommunalen Gebühren zählen etwa die Kosten für die Wasserversorgung, die Kanalgebühren oder die Abfallsorgung. Wie bei der Stromversorgung schlägt zu Buche, dass nach der Wende für diese Aufgaben neue Anlagen errichtet werden mussten, und die hohen Investitionen sich (qua Abschreibungen) in den Preisen niederschlugen. In nicht wenigen Regionen waren zu Beginn der 90er Jahre überdimensionierte Anlagen errichtet worden.

Lokale Beratungsangebote

Im Vergleich zu der Erhebung von 1998 hat der Anteil der Unternehmen abgenommen, die der Unterstützung durch die Landesregierung, durch die Kammern, durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft oder durch die kommunalen Behörden einen hohen Stellenwert einräumen. Möglicherweise empfinden viele Unternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit inzwischen gestiegen ist, die Unterstützung dieser Einrichtungen als weniger wichtig als früher.

Die Kammern und die Wirtschaftsförderungsgesellschaften werden im Durchschnitt positiv beurteilt, gleichwohl sind viele Industrieunternehmen mit deren Arbeit unzufrieden. Noch weiter auseinander gehen die Meinungen über die Tätigkeit der Landesregierung und die der kommunalen Verwaltung. Während größere Betriebe in westdeutschem oder ausländischem Besitz mit diesen staatlichen Stellen überwiegend zufrieden sind, fühlen sich mittelständische Unternehmen von der Landespolitik und den kommunalen Behörden häufig benachteiligt. Das gilt für die Vergabe öffentlicher Aufträge, die Bewilligung von Fördermitteln, behördliche Auflagen sowie für Genehmigungsverfahren. Insgesamt hat die Kritik an den öffentlichen Verwaltungen allerdings deutlich nachgelassen.

⁷ Vgl.: Bundesverband der Energie-Abnehmer e. V.: Bundesstrompreisvergleich II/1999 für Sondervertragspartner elektrischer Energie. Stichtag 1.7.1999 (als Manuskript veröffentlicht).

Nähe zu Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen

Wenn eine Region gut mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ausgestattet ist, kann das für ansässige Unternehmen von erheblichem Vorteil sein. Durch eine Kooperation mit den Forschungsstellen können Produkte und Produktionsverfahren entwickelt oder verbessert werden, und durch die Ausbildungsleistungen der Hochschulen wird das Angebot an akademisch ausgebildeten Arbeitskräften auf dem regionalen Arbeitsmarkt deutlich erhöht. Der Umfrage des Jahres 2000 zufolge räumt allerdings weniger als ein Fünftel der ostdeutschen Industrieunternehmen der Nähe zu Forschungseinrichtungen einen hohen Stellenwert ein, bei überregional agierenden Unternehmen ist dieser Anteil deutlich höher. Sie stellen ihren Standorten ein sehr gutes Zeugnis aus. Zu berücksichtigen ist freilich, dass Unternehmen die großen Wert auf die Nähe zu Forschungsinstituten und akademischen Ausbildungsstätten legen, sich meist von vornherein in deren Nähe angesiedelt haben dürften.

Grundstückspreise und Gewerbemieten

Für jeweils etwa ein Sechstel der Unternehmen waren im Sommer 2000 die Gewerbemieten bzw. die Grundstückspreise wichtige Standortfaktoren. Gewerbemieten sind vergleichsweise häufig bei den kleinen, eigenständigen Unternehmen ein Thema.

Bei den Mieten für Gewerberäume halten sich positive und negative Beurteilungen die Waage. Dagegen wird das Angebot an Gewerbeflächen von den meisten Unternehmen als ein Standortvorteil Ostdeutschlands angesehen. In den früheren Umfragen fielen die Beurteilungen über die Preise für Gewerbeimmobilien wesentlich ungünstiger aus. Durch die Erschließung zahlreicher Gewerbegebiete und die Errichtung gewerblich nutzbarer Gebäude hat sich offensichtlich die Lage auf dem Markt für Gewerbeimmobilien stark entspannt.

Fazit

Alles in allem sind die ostdeutschen Industrieunternehmen mit ihren Standortbedingungen inzwischen größtenteils zufrieden. Stark kritisiert werden lediglich noch die Energiepreise und die kommunalen Gebühren.

Wichtige Standortbedingungen, die früher als nachteilig angesehen wurden, werden mittlerweile überwiegend positiv bewertet. Das gilt insbesondere für die Lohnkosten. Nach den kräftigen Anhebungen der Löhne zu Beginn der Umstrukturierung sind die Zuwächse bei den Lohnkosten in allen Jahren seit 1992 weit hinter den Produktivitätssteigerungen zurückgeblieben.

Knapper geworden ist im Laufe der letzten Jahre das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften. Vielen Betrieben fällt es inzwischen offenbar schwer, die benötigten Fachkräfte zu finden. Im Zuge der kräftigen Produktionssteigerungen der ostdeutschen Industrie hat zwar auch die Nachfrage nach Arbeitskräften zugenommen, doch ist, wie die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zeigt, das Arbeitsangebot generell alles andere als knapp. Arbeitskräftemangel kann es deshalb nur auf Teilarbeitsmärkten geben – bei bestimmten Qualifikationen sowie in bestimmten Regionen. Soweit es sich dabei um Qualifikationen handelt, die durch eine betriebliche Ausbildung erworben werden können, haben sich die Unternehmen den Fachkräftemangel selbst zuzuschreiben.

Wenn das Angebot knapper wird, werden sich gut qualifizierte Arbeitskräfte nur finden lassen, wenn ihnen marktgerechte Löhne geboten werden. Das ist aber offenbar häufig nicht der Fall, denn Schwierigkeiten, die benötigten Fachkräfte zu finden, werden vor allem von denjenigen Unternehmen gemeldet, die ihren Beschäftigten geringere als die tarifvertraglich vereinbarten Löhne zahlen. Auf jeden Fall müssen die Unternehmen ihre Ausbildungsleistungen steigern. Dies ist vor allem wegen der demographischen Entwicklung geboten.

Grundstücksmarkt entspannt

Hinweis in eigener Sache

Das DIW Berlin hat im Jahre 2000 sein Erscheinungsbild verändert und anlässlich seiner 75-Jahr-Feier auf der Website präsentiert. Im Zuge des Corporate Design werden nun auch die Publikationen des DIW Berlin diesem neuen Bild angepasst.

Als ständiger Leser des Wochenberichts ist Ihnen sicherlich aufgefallen, dass dies mit der ersten Ausgabe dieses Jahres realisiert worden ist. Bei der Umsetzung des neuen Layouts gab es unvorhergesehene drucktechnische Schwierigkeiten, von denen vornehmlich die Abbildungen betroffen waren. Leider haben wir dies erst bemerkt, nachdem ein großer Teil der Auflage bereits ausgeliefert worden war. Wir haben deshalb beschlossen, diese Ausgabe noch einmal drucken zu lassen. Auch wenn das Ergebnis immer noch nicht ganz unseren Vorstellungen entspricht, legen wir die Neuauflage dem aktuellen Bericht bei.

Jene Leser, die erst jetzt den Wochenbericht Nr. 1-2 erhalten, bitten wir wegen der Verzögerung um Verständnis.

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Kurt Geppert
Dörte Höppner
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

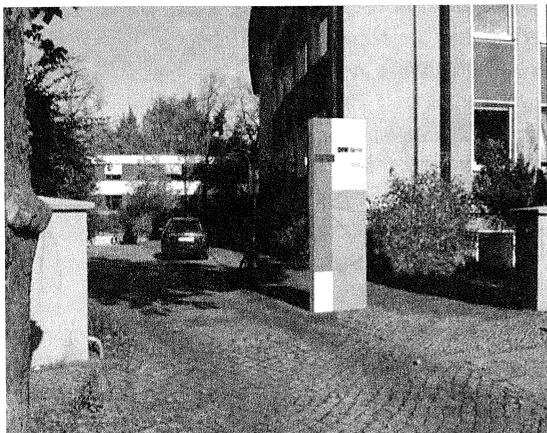
Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin



Hier ein weiteres Beispiel des
Corporate Design: der neue
Eingangsbereich des DIW Berlin